

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Erhält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz - Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 - Sächsischer Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau - Postfachkonto: Dresden 55 827



Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechbüchel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Pötelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtendorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: A. Kohlhammer

Kernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 - Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau
Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Bezugspreis (in RM.) halbmönatlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. - Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialsteigerungen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 85 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. - Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Aktierscheine einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 36 Bad Schandau, Sonnabend, den 12. Februar 1927 71. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Der Reichstag verabschiedete gestern in zweiter und dritter Lesung das Gesetz über die Reichswohnungszählung im Jahre 1927.

* Am Freitag abend kam es im Norden Berlins zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Mitgliedern der Deutschsozialen Arbeiterpartei, wobei 10 Personen erheblich verletzt wurden.

* In einer chemischen Fabrik in der Nähe von Brüssel ereignete sich eine Explosion, wobei ein Arbeiter getötet, 4 schwer und 5 leicht verletzt wurden.

* Bei dem Bau einer Kirche in dem holländischen Dörfchen Heerlem ist das Gerüst eingestürzt. 7 Arbeiter stürzten in die Tiefe, wobei 2 tödlich verletzt wurden.

Schon wieder Krieg?

Die Befürworter des „Nie wieder Krieg“ brauchen sich nicht zu beunruhigen — es handelt sich um keinen Krieg mit Flinten und Kanonen, mit Kampfflugzeugen und Tanks und Giftgasen. Solche völkerverwundrigen Waffen scheinen vielleicht zwischen Schanghai und Hankau oder zwischen Lissabon und Oporto noch nicht entbehrlich zu sein, wie ja überhaupt für oder gegen Bürgerkrieg und Barrikadenkämpfe der Genfer Friedenspalast einstweilen noch keine Zuständigkeit besitzt. Aber sollte nicht eigentlich seine Führung schon stark genug sein, um auch Handelskriege zwischen benachbarten Völkern, die gegenseitig immer versichern, daß sie einander nur das Allerbeste wünschen, unmöglich zu machen?

Zwischen Deutschland und Polen wird nun schon zwei volle Jahre lang ebenso angestrengt wie erfolglos über einen handelsvertraglichen Ausgleich ihrer beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen, über die Aufstellung zweckmäßiger Regeln für den Grenz- und Handelsverkehr, für Niederlassungen und Geschäftsausübungen verhandelt, und wenn nicht alles täuscht, werden diese Verhandlungen endgültig abgeschlossen und aufgegeben werden. Mit Frankreich haben wir es wenigstens zu einem provisorischen Abkommen gebracht, was gewiß auch ein schweres Stück Arbeit gekostet hat, mit Polen aber ist, wie jetzt sogar seine unentwegtesten Freunde und Verehrer zugeben müssen, einfach nichts zu machen, weil der gute Wille fehlt, ohne den natürlich kein Friedenswert gegeben kann.

Den weißen Adler, das stolze Wappentier des Polnischen Staates, sieht, möchte man sagen, der Kaiser, seitdem seine Wirtschaft durch die Auswirkungen des englischen Kohlenarbeiterstreiks wieder einigermaßen Luft bekommen hat. Polen neigt nur zu sehr zur Überhebung und in den ehemals deutschen Grenzgebieten scheint es nicht eher Ruhe geben zu wollen, als bis auch der letzte Deutsche dort das Feld geräumt hat. Wer nicht freiwillig geht, dem wird durch befristete oder unbefristete Ausweisungsbefehle nachgeholfen, und wo auf diese Weise ein guter Pole frei geworden ist, läßt sich flugs ein macht- und erwerbssüchtiger Pole auf ihn nieder. So wird die taufendfältige Erfahrung, daß polnische Anspriचे und Rechtsfischerheit zwei Begriffe sind, die sich wie Feuer und Wasser voneinander scheiden, auch jetzt wieder, gerade in dem Zeitpunkt, da man die Handelsvertragsverhandlungen endlich zum Abschluß zu bringen gedachte, durch Gewaltmaßnahmen des oberösterreichischen Woiwoden aufs neue bestätigt. Die Warschauer Regierung denkt gar nicht daran, hier ein dem Frieden dienliches Machtwort zu sprechen. Also Handelskrieg mit Ausfuhrverboten und Zollserhöbungen, mit Einfuhrsperrn und Tarifierhöhungen auf allen Wegen und Stegen.

Natürlich werden sich die Versuche zum Nachweis dafür, daß auch an diesem Unheil wieder deutsche Herrsch- und Gewinnsucht allein die Schuld trage, ebenso prompt einstellen, wie man sie 1914 und später unbefristet zusammengetragen hat; nur ob der Erfolg dieser antideutschen Propaganda gleich durchschlagend sein wird wie damals, darf wohl billig bezweifelt werden. Auch die Vorgängerinnen der jetzigen deutschen Regierung waren schon mehr als einmal auf dem Sprunge, die Verhandlungen mit Polen als völlig aussichtslos abzubrechen. Wenn jetzt noch das vorweihnachtliche Kabinett Marx am Ruder wäre, es würde sich vor genau die gleiche Notwendigkeit gestellt sehen, mit Polen Schluss zu machen. Wenn die polnischen Herren durchaus jemanden brauchen, den sie zum Arrangement können, so mögen sie sich für diese Rolle einen anderen als ihren deutschen Nachbar aussuchen.

Nicht viel geringer sind die Sorgen, die sich gerade die besten Geister in unserem Volke um eine andere Art der Kriegführung machen, die nicht sterben will: um den Chekrieg, um die Hezerrüttung, den Kampf um die Ehecheidung. Bis zum Kriege immerhin

noch eine vereinzelte Erscheinung des täglichen Lebens, ist es jetzt vielerorts fast soweit gekommen, daß der normale, der ungestörte Ablauf eines solchen Lebensbundes zu den Ausnahmen gehört und daß sich um seine Auflösung vor Gericht die widerwärtigsten Szenen abspielen, die mit den sittlich-religiösen Grundlagen, auf denen die Ehe beruht oder beruhen sollte, schlechthin unverträglich sind. Ganz so schweigen von den oft erschütternden Folgen des Ehebruchs für die Kinder, denen das Elternhaus dann zur Hölle wird, statt ein immerwährender Quell freudiger Lebensbejahung zu sein. Im Reichstag hat man sich in diesen Tagen sehr ernsthaft mit dieser schwärenden Wunde am deutschen Volkkörper befaßt. Groß und allgemein war insbesondere der Wunsch, den ehekranken Schmutz, der in den zahllosen Ehescheidungsprozessen namentlich in den Großstädten vor den Gerichten aufgewirbelt wird, unter allen Umständen fortzuräumen und zu diesem Zweck den Versuch zu machen, durch eine andere Fassung und, wenn es geht, auch durch eine vorsichtige Erweiterung der Ehecheidungsgründe das Eheleben von heute wenigstens von den allerschlimmsten Auswüchsen zu befreien. Gott sei Dank sind in diesen Debatten keine Parteigegeßnisse hervorgetreten; Würde und Heiligkeit der Ehe sind auch durchaus nicht nur von den ausgesprochenen religiös veranlagten Parteirednern nach Gebühr bewertet worden. So darf man hoffen, daß ihr Ringen um die Lösung dieser sehr ernsten Frage über kurz oder lang doch zu einem Ergebnis führen wird. Die drückenden Gewissenfragen, um die es sich hier handelt, können auf die Dauer gar nicht ungeklärt bleiben. Es wäre auch gar nicht deutsche Art, nun einfach Schuldige und Unschuldige der eigenen Pein zu überlassen.

Dr. Sch.

Der deutsch-polnische Konflikt.

Scharfe Sprache der polnischen Presse.

Das Reichskabinett hat sich in einer sogenannten Chefbesprechung mit der durch die Zuspitzung der deutsch-polnischen Verhandlungen eingetretenen Lage beschäftigt. In politischen Kreisen rechnet man damit, daß die Reichsregierung sich mit einer Erklärung über die Haltung Deutschlands zu Polen an die öffentliche Meinung wenden und die Stellungnahme Deutschlands eingehend begründen wird.

Die Warschauer Presse sagt bei Besprechung der deutsch-polnischen Krise einen ziemlich scharfen Ton an. Die „Gazeta Warszawska“ meint, daß Polen den von Deutschland hingeworfenen Handschuh furchlos und ohne Zögern aufnehmen solle. Die „Nacjonalista“ nennt es befriedigend, daß die polnische Regierung auf keine Zugeständnisse eingegangen sei und sich nicht terrorisieren lasse. In ähnlicher Weise drückt sich auch die übrige Presse aus, nur das sozialdemokratische Blatt „Robotnik“ tadelt die Ausweisung deutscher Staatsbürger aus Ostoberschlesien.

Berlin, 11. Februar. Die Besprechungen der beteiligten Ressorts über die deutsch-polnische Verhandlungskrise führten zu einer vollständigen Uebereinstimmung der Ressortleiter, in den in Frage kommenden Punkten. Die Besprechungen sollen morgen fortgeführt werden, so daß ein abschließendes Ergebnis erst morgen zu erwarten ist.

Deutschlands neue Entschädigungsklage gegen Polen.

Genf, 11. Februar. Das Völkerbundsekretariat teilte heute abend offiziell mit, daß die Klage der deutschen Regierung auf Zahlung einer Entschädigung für die Enteignung des Städtewerkes Chorjow gegen die polnische Regierung beim Internationalen Haager Schiedsgerichtshof eingegangen ist.

Keine Fortführung der Verhandlungen.

Berlin, 12. Februar. In der Chefbesprechung über die deutsch-polnische Krise ist Uebereinstimmung darüber erzielt worden, daß eine Fortführung der Verhandlungen als zwecklos angesehen wird. Am Sonnabend wird wahrscheinlich der polnischen Regierung eine deutsche Note übermittelt werden, in der vorgeschlagen wird, die Verhandlungen solange zu unterbrechen, bis die Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung und dem deutschen Botschafter in Warschau über die Frage der endgültigen Regelung der Ausweisung von Deutschen beendet sind. Die polnische Delegation wird wahrscheinlich Anfang nächster Woche Berlin verlassen und erst wieder zurückkehren, wenn die Warschauer Verhandlungen zum Abschluß gebracht sind.

Washington erwartet französischen und italienischen Widerstand gegen den neuen Abrüstungsvorschlag.

New York, 11. Februar. In Washingtoner politischen Kreisen rechnet man damit, daß das Memorandum der amerikanischen Regierung über die Einberufung der neuen Seerüstungskonferenz von England und Japan angenommen, bei Frankreich und Italien dagegen auf Widerstand stoßen werde. Es wird darauf hingewiesen, daß die englisch-französischen Beziehungen sich seit der Washingtoner Abrüstungskonferenz ständig verschlechtert hätten, während andererseits das Auftreten Mussolinis italienische Machtträume hervorgerufen habe, deren Verwirklichung nur mit starker Armee und Flotte möglich sei. Deutschland spiele bei der ganzen Erörterung überhaupt keine Rolle, da es keine militärische Großmacht mehr sei.

Englands China-Erklärung an den Völkerbund.

Genf. Die Erklärung der britischen Regierung über ihre Politik gegenüber China, die dem Völkerbundsekretariat zugestellt worden ist, ist veröffentlicht worden. Sie enthält die Feststellung, daß England bereit sei, die Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit Chinas zu wahren, daß aber bei den gegenwärtigen revolutionären Verhältnissen in denjenigen Städten Chinas, die unter der Herrschaft der nationalchinesischen Regierung stehen, keine Gewähr für den ausreichenden Schutz der britischen Untertanen gegeben sei. England habe deshalb Truppen entsenden müssen, deren Zusammensetzung aber an sich schon dafür Gewähr bietet, daß sie nur zu Verteilungszwecken bestimmt sind. Man hoffe, daß diese Truppen bald zurückgezogen werden können. Die Ereignisse von Hankau und Kunkang dürften sich in Schanghai nicht wiederholen und das Leben der dortigen Engländer werde vor jeder Gefahr geschützt werden. England sei bereit, über die schwebenden Fragen zu verhandeln, sobald in China sich eine Regierung gebildet habe, welche die notwendige Autorität für diese Verhandlungen besitzt. Doch müsse vorher die amtliche Unterstützung der antibrutischen Propaganda aufhören.

Eine neutrale Völkerbundszone um Schanghai?

Genf, 1. Februar. Wie in hiesigen Kreisen verlautet, soll die Verständigung zwischen England und Kanton bereits abgeschlossen sein. Es verlautet ferner, daß in Londoner maßgebenden Kreisen der Gedanke der Schaffung einer neutralen Zone um Schanghai unter Aufsicht des Völkerbundes ähnlich wie dies gegenwärtig bei Danzig der Fall ist, eingehend geprüft werde.

Ruhe in Lissabon.

Scharfe Maßnahmen der Regierung.

Nach einer Sabotageaktion aus Lissabon hat der Militärgouverneur eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen erlassen. U. a. ist ein scharfer Patrouillendienst eingerichtet worden. Die Bevölkerung darf nach sechs Uhr abends die Wohnungen nicht mehr verlassen. In verschiedenen Häusern wurden Hausdurchsuchungen abgehalten. Die Sachschäden, die durch die Kämpfe angerichtet wurden, sind weniger bedeutend, als zuerst angenommen wurde. Der ehemalige Kriegsminister, Major Americo D'Alva, ist von den Russen ermordet worden. Der Minister des Äußern ist wieder in Freiheit gesetzt worden.

Nach einer Neutermeldung aus Oporto beträgt die Zahl der bei dem Aufstand Getöteten 76 und die der Verwundeten 350. Es wurden 37 Offiziere verhaftet. In Lissabon beträgt die Zahl der Toten 198. Dem „Journal“ wird über Madrid von der spanisch-portugiesischen Grenze gemeldet, daß spanischerseits Anweisung erteilt worden ist, den Übertritt von portugiesischen Aufständischen auf spanisches Gebiet zu verhindern. Eine große Anzahl von Aufständischen ist von den an der Grenze postierten portugiesischen Kavalleriepatrouillen gefangen genommen worden.

Neuer Uebergriff der französischen Besatzungspolizei.

Karlsruhe. Am Freitag vormittag erschienen im Verlage des Randauer Anzeigers zwei Beamte der französischen Besatzungspolizei und beschlagnahmten die noch vorhandenen wenigen Exemplare der von diesem Verlag herausgegebenen „Königlich-Preussischen“ Broschüre. Eine Begründung für diese Beschlagnahme wurde nicht mitgeteilt. Die Beschlagnahme widerspricht den Bestimmungen des Rheinlandabkommens.

Zwischenfall an der polnisch-litauischen Grenze.

Warschau. Wie „Express Poranny“ meldet, kam es bei Swieniany an der polnisch-litauischen Grenze zu einer kurzen Schießerei zwischen polnischen und litauischen Grenzwachmann. Anlaß dazu gab, daß ein litauischer Soldat die Grenze überschritten hatte. Auf polnischer Seite wurde niemand auf litauischer Seite ein Mann verletzt.